

1.5. Deutsche mentale Probleme:

Auszüge aus einem t-online Artikel: Tagesanbruch von Florian Harms vom 12.11.2024:

„**Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser,**
auf die Woche der politischen Eruptionen folgt eine Woche der Taktik. Minderheitskanzler **Olaf Scholz** hat sie mit seinem Sonntagabendlichen Fernsehinterview bei Frau Miosga eingeläutet, in dem er sich als staatstragender Verantwortungspolitiker zu inszenieren versuchte und die Schuld am Bruch seiner Koalition abermals FDP-Prinzipien-reiter **Christian Lindner** in die Schuhe schob.

Seither wird eine sonderbare Debatte über die bürokratischen Fallstricke einer Bundestagswahl geführt: Das staunende Publikum erfährt, dass die drittgrößte Wirtschaftsnation der Welt angeblich nicht in der Lage ist, zügig eine bundesweite Abstimmung zu organisieren. Politiker und Kommunalbeamte, Bundes- und Landeswahlleiter, Papierfirmen und Druckerei-verbände überbieten sich in gegenseitigen Vorwürfen und (er)finden allerlei Gründe, warum man die **61 Millionen** wahlberechtigten Bundesbürger keinesfalls (oder eben doch) schon im **Januar** statt erst im März an die Urnen rufen kann: Geht nicht! Geht doch! Ist zu kompliziert! Lässt sich nicht akkurat durchführen! Könnte ja irgendwo haken!

Hört man diesem Chor der Einwände zu, kann man sich fragen: Wie blickt man wohl in Krisenstaaten wie Argentinien, Mexiko oder Moldau, die trotz enormer Widrigkeiten kürzlich erfolgreiche Wahlen abgehalten haben, auf die deutsche Weinerlichkeit? Und gelangt zu dem Schluss: Die gefährlichste Krankheit hierzulande ist nicht irgendein Virus, sondern das **Bedenkenträgertum**. Statt Lösungen zu finden, suchen wir Probleme. Solange wir uns unbekümmert im Wohlstand aalten, konnten wir uns das erlauben. Jetzt, wo die Welt im Krisensturm erzittert, wird es zum Existenzrisiko.

Trotzdem reagiert die Politik, wie sie immer reagiert, wenn es um die Macht geht: Die Parteien haben sich in ihren politischen Schützengräben verschanzt, feuern aufeinander und schmieden nur noch kurzfristige Schlachtpläne. Dabei wähnen sich **CDU** und **CSU** dank ihres aufgemöbelten Grundsatzprogramms und der geklärten Personalfrage am besten vorbereitet und drängen auf einen baldigen

Wahltermin. Kanzlerkandidat **Friedrich Merz** gibt sich in Vorbereitung aufs höchste Regierungsamt verbal präsidial, lässt jedoch seine Heckenschützen Giftpfeile auf den Noch-Kanzler schießen, weil der sich bisher nicht zu einer schnellen Vertrauensfrage im Bundestag durchringen will. In der **SPD** ist Hektik ausgebrochen, weil entgegen Scholz' Beteuerungen weder der Spitzenkandidat noch das Wahlprogramm zweifels-frei feststehen. Solange die Sozialdemokraten jedoch schwanken, gestalten sich Verhandlungen mit der Union schwierig, welches Ampelprojekt mithilfe der Opposition noch gerettet werden soll: das Rentenpaket? Die Krankenhausreform? Die Regeln zur europäischen Asylpolitik? Der neue Wehrdienst?

Viel wird nicht mehr gehen, soviel steht fest. Wenn überhaupt, wird sich Oppositionsführer Merz seine Zustimmung zu dem einen oder anderen Ampelvorhaben nur als Gegengeschäft für einen schnellen Neuwahlfahrplan abringen lassen. Es geht im Berliner Regierungsviertel jetzt nicht mehr um Inhalte, es geht um **Machttaktik**.

Das ist nach den monatelangen Ampelquerelen verständlich, klug ist es trotzdem nicht. Vielmehr böte die Zäsur des Regierungsbruchs die Gelegenheit, wenigstens kurz innezuhalten und grundsätzlich darüber nachzudenken, inwiefern die Politik der vergangenen 10, 20 Jahre das Land aufs **falsche Gleis** gesetzt hat. Lange rätseln muss man nicht. Die Vernachlässigung der Bundeswehr, des sozialen Wohnungsbaus, der Energiewende und des Grenzschutzes sind sowohl **Angela Merkel** als auch **Olaf Scholz**, der früher Merkels Finanzminister war, zu Recht vorgeworfen worden.

Ein Grundproblem, das alle genannten Herausforderungen verschärft hat, ist wesentlich mit der sozialdemokratischen Politik verbunden. Mit Ausnahme der schwarz-gelben Koalition zwischen 2009 und 2013 sitzt die SPD nun seit **26 Jahren** in der Bundesregierung. Seit fast drei Jahrzehnten stellt sie Minister, Staatssekretäre, Referats- und Behördenleiter und zeitweise auch den Kanzler. Dabei hat sie manches zum Guten bewegt, anderes nicht, vor allem jedoch hat sie eines bewirkt: Die Genossen haben die **Sozialausgaben des Staates** exorbitant in die Höhe getrieben. Vom Rentenkassenzuschuss bis zum Bürgergeld: Auf sage und schreibe **212 Milliarden Euro** belaufen sich die jährlichen Kosten für Soziales mittlerweile, mehr als ein **Drittel des Bundeshaushalts**.

Damit nicht genug: Die SPD-Anführer Scholz, Mützenich und Klingbeil wollen ihre **Füllhornpolitik** erklärtermaßen weitertreiben und täten nichts lieber, als die **Schuldenbremse** zu lockern, um endlich wieder so hemmungslos Geld ausgeben zu können wie vor dem Verfassungsgerichtsurteil.

Man kann dem eitlen Ex-Finanzminister Lindner vieles vorwerfen. Aber sein Beharren auf der Binsenweisheit, dass der Staat angesichts der global anschwellenden **Schuldenkrise** nur so viel ausgeben sollte, wie er einnimmt, verdient eher Respekt als Schelte. Soeben erst hat der Internationale Währungsfonds vor der **globalen Schuldenspirale** gewarnt; Ökonomen schließen **Staatspleiten** nicht mehr aus. Braucht es hierzulande mehr Geld für Bundeswehr, Ukraine-Hilfe, Klimaschutz, Bahn und Sozialwohnungen, muss folglich an anderer Stelle gespart werden. Zum Beispiel beim Bürgergeld, bei den Renten, beim Straßenbau und im Subventionsdickicht.

Doch diesen Verteilungskonflikt mit ihrer alternden Wählerschaft und mit den sozialpolitischen Lobbyverbänden scheuen die SPD-Genossen. Die Führungsgremien der einst mutigsten Partei Deutschlands entpuppen sich als **Duckmäuser-Versammlungen**. Öffentlich eingestehen mag das selbstverständlich weder Scholz noch Mützenich noch Klingbeil. Stattdessen wird man sich heute im **Bundestag** erbitterte Wortgefechte mit CDU, CSU, AfD und womöglich auch der FDP zur Frage liefern, wann genau denn nun gewählt werden soll. Man wird über schwierige Papierlieferungen für Wahlzettel disputieren und darüber, ob es im Januar nicht viel zu kalt für den Wahlkampf ist. Und falls die Gefahr besteht, dass einem schnellen Wahltermin doch nichts im Wege steht, wird man in bester deutscher Tradition kurzerhand **neue Bedenken** finden. Wäre ja gelacht, wenn sich Lösungen nicht durch neue Probleme ersetzen ließen!

Taktische Kämpfchen

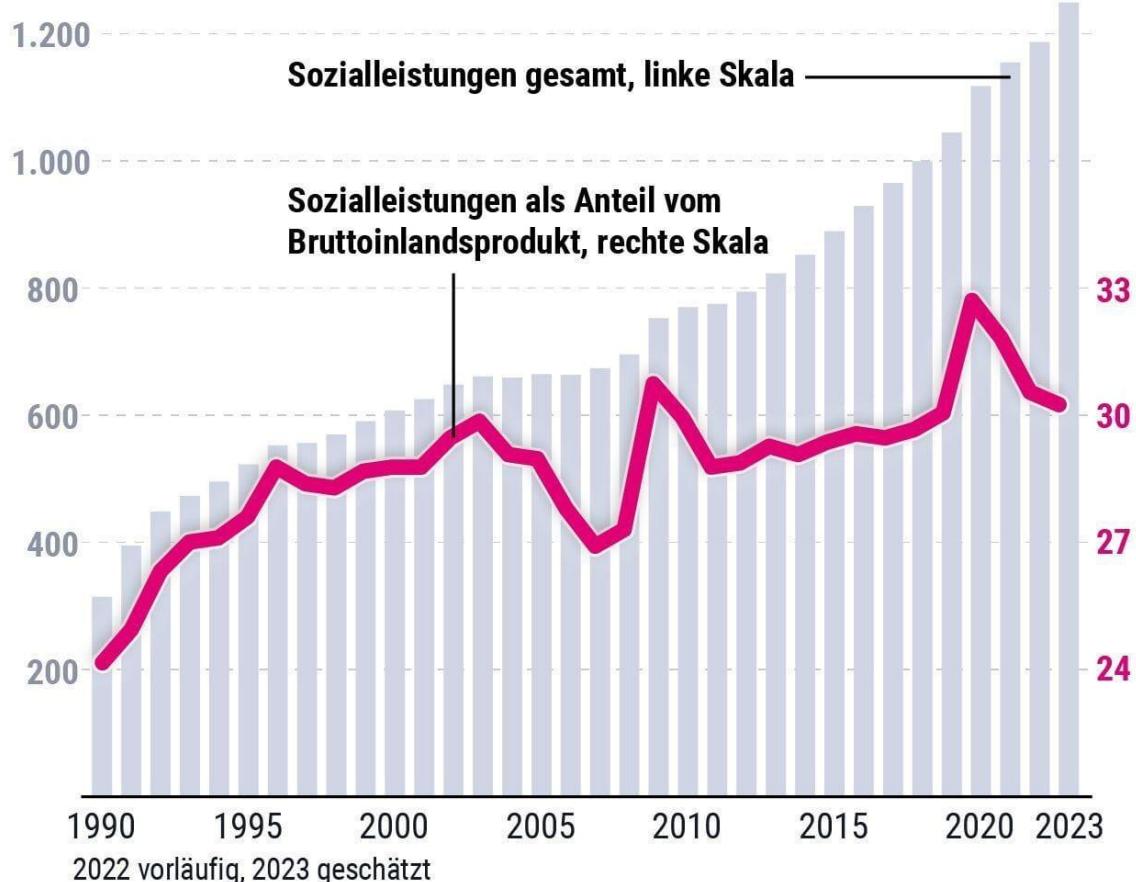
Das ist geplant im Bundestag: Bei der öffentlichen Sondersitzung des **Wahlprüfungsausschusses** wollen die Abgeordneten auf Antrag von SPD und Grünen mit Bundeswahlleiterin **Ruth Brand** diskutieren, "wann die Neuwahl aus ihrer Sicht, mit ihrer praktischen Erfahrung frühestens stattfinden kann". Die Präsidentin des Statistischen Bundesamts hatte auf angebliche organisatorisch-logistische **Risiken**

eines frühen Wahltermins hingewiesen und sich so den Vorwurf der Opposition eingehandelt, die Verzögerungstaktik zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund ist auch der morgen anstehende nächste Termin der nun bundesweit bekannten Beamtin zu sehen: Dann will die CDU/CSU-Fraktion Frau Brand in den **Innenausschuss** vorladen. Nicht am Mittwoch wird dagegen das passieren, was ja noch vor der Neuwahl stattfinden muss: die **Vertrauensfrage** von Kanzler Scholz. Entsprechenden Forderungen der Union erteilte Regierungssprecher **Steffen Hebestreit** gestern eine klare Absage.“

Sozialleistungen insgesamt

Linke Skala in Mrd. Euro, rechte Skala in Prozent



Infografik: ha . Quelle: BMAS

t-online.

Die Verschuldung ausgewählter Länder

Schulden in Prozent des BIP*,
2019 im Vergleich zu 2024**



*Bruttoinlandsprodukt **Projektion

Infografik: ha · Quelle: "FAZ", Internationaler Währungsfonds

t-online.

Bedenkenträgerland Deutschland:

Auszüge aus einem t-online Artikel: Tagesanbruch von Florian Harms vom 13.11.2024: Es geht also doch!

**„Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser,
die Stagnation ist zum beherrschenden Zustand in Deutschland geworden.** Nicht nur die Wirtschaft und die Politik stagnieren, auch im Alltag erleben die Bürger täglich den Stillstand. Nehmen sie das Auto, stehen sie im Stau. Sitzen sie in der Bahn, gelangen sie zu spät ans Ziel. Die Briefzustellung zwischen Großstädten dauert fast so lange wie nach Afrika. Amtliche Genehmigungen zu bekommen, gleicht vielerorts einem Hindernislauf, und wer auf die vermessene Idee verfällt, ein Haus zu bauen oder gar ein Unternehmen zu gründen, ist hoffnungslos verloren. Die Infrastruktur rottet vor sich hin, Behörden arbeiten analog statt digital, und weil das erste deutsche Gebot "**Du sollst alles gründlich tun!**" lautet, werden täglich neue Gesetze und Vorschriften erlassen, um den Alltag der 83 Millionen Menschen noch weiter zu verkomplizieren.

In den Merkel-Jahren kümmerte sich die Bundesregierung mit viel Geld um die Rettung klammer EU-Staaten und die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Ampelregierung erbte einen Reformstau, scheiterte bei der Lösungssuche aber schon an der Prioritätensetzung. Wegen der Haushaltsvorgaben der Bundesverfassungsrichter hätten sich die Koalitionäre entscheiden müssen, was sie konsequent anpacken und was nicht: klimafreundliche Energiewende? Bundeswehr-Aufrüstung? Pflegereform? Mehr Polizisten? Mehr Geld für Rentner, Kinder und sozial Schwache? Sie wollten alles zugleich und auf nichts verzichten. Das Ergebnis sind **Neuwahlen**.

Das Ampeldrama illustriert, warum die deutsche Politik überfordert ist, Weichen für die notwendige Generalreform des Landes zu stellen: Partei- und Regierungsvertreter handeln meistens nur kurzfristig von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Vorausschauende Entscheidungen, für die es nicht sofort Applaus von der eigenen Wählerklientel gibt, sind die Ausnahme.

Dabei wären eine Aufbruchstimmung und eine positive Vision dringend notwendig für das sedierte Land. Ebenso wie ein Wachstumsschub für die Wirtschaft, der sich nicht in rituellen Beschwörungen des "Bürokratieabbaus" erschöpft. Was braucht es, um hierzulande **langfristiger** als nur von Wahl zu Wahl zu denken,

was brächte Deutschland wirklich voran? Das habe ich **Cyriac Roeding** gefragt, den ich im Frühjahr in Kalifornien kennenlernte und nun auf der Suche nach Antworten angerufen habe. Der gebürtige Konstanzer hat beim amerikanischen Fernsehsender CBS in Los Angeles und New York den Mobilfunkbereich aufgebaut, wechselte anschließend zum Risikokapitalgeber Kleiner Perkins und entwickelte in einem Kellerbüro eine Shopping-Prämien-App. Mit Unterstützung internationaler Forscher gründete er dann im Silicon Valley das Unternehmen Earli, das sich zum Ziel gesetzt hat, den **Krebs** durch eine revolutionäre Methode endgültig zu besiegen: Die Krebszellen sollen sich selbst ausschalten. Das World Economic Forum ernannte Roeding zu einem "Tech Pioneer" und "Global Innovator", für die Entwicklungen in Deutschland interessiert sich der 51-Jährige nach wie vor sehr. Hier sind seine Antworten auf meine Fragen:

Cyriac, du hast eine beeindruckende Karriere im Silicon Valley gemacht. Wäre ein solcher Weg auch in Deutschland möglich gewesen?

Cyriac Roeding: Wahrscheinlich leider nicht. In den USA konnte ich schnell verschiedene Perspektiven kennenlernen und das nötige Kapital für meine Ideen einsammeln. Tech-Bio hat sehr hohes Potenzial für klinische und finanzielle Erfolge, kostet aber viel Geld. Unsere Firma Earli hat bereits 97 Millionen Dollar eingesammelt. Diese Flexibilität und die Möglichkeit, für neue "Moonshot"-Ideen so große Summen zu erhalten, sind in Europa bisher kaum vorhanden.

Warum ist das so?

Eigentlich haben wir in Deutschland alles, was es braucht: Geld, gut ausgebildete Talente und das Interesse, etwas Neues aufzubauen. Woran es hapert, ist die Verfügbarkeit des großen Kapitals für Start-ups, besonders in kritischen Wachstumsphasen. Zudem haben wir ein Mentalitätsproblem: das "deutsche Abwiegle".

Was genau meinst du damit?

Ich gebe dir ein Beispiel: die Reaktion der deutschen Autoindustrie auf Tesla. Als Elon Musk mit Tesla vor rund 15 Jahren durchstartete, wurde das Unternehmen in Deutschland kaum ernst genommen. Selbst als die ersten Autos vom Band liefen, kritisierten viele deutsche Autobauer nur die mangelnde Verarbeitungsqualität. Sie hatten damit anfangs zwar recht – auch mein erster Tesla war fehleranfällig –, aber sie unterschätzten die Geschwindigkeit von Teslas Lernkurve. Mit

dem Abwiegen nach dem Motto "Die Suppe wird nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht wird" gaukeln wir uns vor, dass wir ja noch viel Zeit haben, bis eine Sache wirklich erfolgreich wird. Daher investieren wir nicht richtig – obwohl wir in Wirklichkeit gar keine Zeit haben. Während wir noch abwiegen, holen uns die anderen ein, dann überholen sie uns und werden schließlich uneinholbar.

Ist das nur ein Problem deutscher Unternehmen oder der gesamten Gesellschaft?

Es ist definitiv ein Mentalitätsproblem. Aber wir müssen nicht jeden Einzelnen in Deutschland verändern. Es genügt, wenn wir eine weitaus kleinere Gruppe wichtiger Entscheider dazu bringen, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Wen hast du da im Blick?

Wir brauchen die Bundesregierung, die Landesregierungen, Wagniskapitalgeber, ein paar große Unternehmen und Universitäten und natürlich junge Unternehmer, Wissenschaftler und Ingenieure. Für jede dieser Gruppen sind unterschiedliche Ansprachen nötig.

Was sollte die Politik konkret tun?

Zwei Dinge sind entscheidend: Erstens brauchen wir eine Vision für ein Deutschland der Zukunft – etwas, worauf wir alle uns freuen und wofür wir kämpfen können. Zweitens müssen wir das nötige Kapital bereitstellen. Ich schlage vor, dass wir einen Staatsfonds aufbauen, ähnlich wie es Singapur oder Norwegen vorgemacht haben. Dieser Fonds sollte mit 50 Milliarden Euro starten und über zehn Jahre auf 500 Milliarden Euro wachsen.

Wozu braucht es einen solchen Fonds?

Geld ist der erste Dominostein, der fallen muss, damit alle anderen folgen. Wenn ordentlich Kapital da ist, wollen plötzlich alle mitmachen. Entgegen unserer normalen Mentalität müssen wir hier klotzen, nicht kleckern. Wir brauchen kritische Masse im internationalen Vergleich. Der Fonds sollte in zehn wesentliche Zukunftsbereiche investieren, darunter künstliche Intelligenz, Kernfusion, Biotechnologie, Robotik, Quantentechnologien und Gesundheitstechnik.

Wie lässt sich sicherstellen, dass derart angeschobene Investitionen erfolgreich werden?

Der Fonds sollte zunächst nur co-investieren dürfen, und zwar mit den Top-10-Prozent der weltweit besten Wagniskapitalgeber. Ob diese nun aus den USA kommen oder aus Deutschland, ist zunächst mal

zweitrangig. So stellen wir sicher, dass das Geld sorgfältig eingesetzt wird und irgendwann mit großer Rendite an die ganze deutsche Bevölkerung zurückfließt. Je stärker unser Startup-Ökosystem wird, desto stärker werden auch die deutschen Wagniskapitalgeber – eine Erfolgsspirale.

Wie sieht also deine Vision für das Deutschland des Jahres 2034 aus?

Ich sehe Deutschland als einen der drei führenden Innovationsstände weltweit. Wir müssen jetzt die Lebensbedingungen der nächsten Generationen sichern. Der Wohlstand, den wir heute genießen, basiert auf Innovationen von vor 50, 60 Jahren. Wenn wir jetzt nicht handeln, schneller und risikofreudiger agieren, werden unsere Kinder und Enkelkinder nicht mehr in einem Wohlstandsland leben. Das ist keine Schwarzmalerei, das ist ein Faktum. Deshalb sollten wir alle miteinander daran arbeiten, Deutschland wieder an die Spitze technologischer und unternehmerischer Innovationen zu bringen. Es wird nicht nur schwierig werden, sondern es wird auch eine Freude sein, daran zu arbeiten. Schwierige Wege, die zu wichtigen Zielen führen, sind lebenserfüllend.“

Anmerkungen von Hans-Dieter Bottke:

In den obigen Artikeln werden unter anderem deutsche mentale Probleme sowie deren Folgen auch für unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und damit die Zukunft unseres Landes angesprochen. Ich möchte an dieser Stelle auf meine Beiträge auf dieser Internetseite verweisen und zwar vor allem auf jene, welche sich in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ finden und dort im Themenbereich ‚Grundsätzliches zu Deutschland‘.